

DIE WAHLEN 2020 & DIE MENSCHENRECHTSLAGE IN BELARUS (Stand 02/2026)

Im Kontext der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 und im Wahlkampf zuvor **inhaftierten die belarussischen Behörden Tausende Menschen**, weil sie sich an Protesten gegen Präsident Alexander Lukaschenko beteiligten. Anfang Juli 2021 sprach der UN-Menschenrechtsrat von über 35.000 Festgenommenen. **Mindestens drei friedlich Protestierende wurden durch Polizeigewalt getötet. Es liegen Berichte über Misshandlungen und massive Folter vor.**

Infolge der Niederschlagung der Proteste wurde die Zivilgesellschaft im Land praktisch mundtot gemacht. Hunderte von Demonstrant*innen wurden strafrechtlich verfolgt. Aktivist*innen mussten das Land verlassen oder riskierten, für ihre legitime zivilgesellschaftliche, journalistische oder menschenrechtliche Tätigkeit inhaftiert zu werden. Auch über fünf Jahre nach den Protesten befinden sich noch **über 1.000 Personen aufgrund politisch motivierter Anklagen in Haft**.

Die **Haftbedingungen** in Belarus sind für Personen, die aus politischen Motiven inhaftiert wurden, besonders hart. Mehreren öffentlich bekannten Inhaftierten wird der Kontakt zur Außenwelt verwehrt. Sie werden häufig für längere Zeit in Strafzellen untergebracht und erhalten keine angemessene medizinische Versorgung. **Zwischen 2021 und Ende 2024 starben mindestens sieben Betroffene politisch motivierter Strafverfolgung in belarussischer Haft**. Sie litten teils unter Vorerkrankungen, die den Behörden bekannt waren.

Marfa Rabkova ist Mitglied des Menschenrechtszentrums *Viasna*. Sie koordinierte dort den Freiwilligendienst. Sie wurde u.a. wegen der „Organisation von Massenunruhen“ zu beinahe 15 Jahren Haft verurteilt. Die belarussische Menschenrechtsverteidigerin und Pädagogin **Nasta Loika** wurde 2022 festgenommen und 2023 in einem Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit aufgrund konstruierter Anschuldigungen zu sieben Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt. **Amnesty International betrachtet beide und viele weitere Inhaftierte als gewaltlose politische Gefangene.**

AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT,

- dass alle gewaltlosen politischen Gefangenen sofort und bedingungslos freigelassen werden,
- dass alle Personen umgehend freigelassen werden, die allein aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihrer Rechte inhaftiert wurden,
- dass die strafrechtliche Verfolgung von Mitgliedern des Menschenrechtszentrums Viasna und anderer zivilgesellschaftlicher Aktivist*innen eingestellt wird,
- dass die Inhaftierten angemessen medizinisch versorgt werden, ihre Haftbedingungen im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards stehen und sie Kontakt zu ihren Anwält*innen und Familien erhalten,
- dass alle Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen und -verstöße zur Rechenschaft gezogen werden,
- die Achtung der Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit in Belarus!

Mehr Infos und Möglichkeiten aktiv zu werden unter:

Kogruppe Belarus und Ukraine
Amnesty International Deutschland
Web: www.amnesty-belarus-ukraine.de
X: [@BelarusDe](https://www.x.com/@BelarusDe)
Instagram: amnesty_belarus_ukraine

